

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telefax: 8 86 848 ppbn d
Teletax: 915 20-12



Inhalt

Eberhard Brecht MdB zur
Notwendigkeit, den Druck auf
die serbischen Machthaber zu
verstärken: Flächenbrand auf
dem Balkan verhindern.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB zur An-
nahme eines wegweisenden
NATO-Dokuments vor 25 Jah-
ren: Die Philosophie des Har-
mel-Berichts trägt heute noch.

Seite 4

Renate Schmidt MdB zur Wahl
Annemarie Rengers zur Präsi-
dentin des Deutschen Bun-
destages: Vor 20 Jahren:
Erstmals eine Frau im zweit-
höchsten Staatsamt.

Seite 5

Dokumentation

Die Deutsch-Arabische Gesell-
schaft und die Deutsch-Israeli-
sche Gesellschaft in einer ge-
meinsamen Erklärung:
"Fremdenhaß ist Menschen-
haß". Wortlaut

Seite 6

47. Jahrgang / 239

11. Dezember 1992

Flächenbrand auf dem Balkan verhindern

Zur Notwendigkeit, den Druck auf die serbischen Machthaber zu verstärken

**Von Eberhard Brecht MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschuß für Auswärtige
Angelegenheiten**

Ich kann mich an keine Menschenrechtsdebatte erinnern, die frei von Resignation war. Da stellt man zwar immer wieder befriedigt fest, daß Menschenrechtsverletzungen im Staat X nur noch selten oder gar nicht mehr vorkommen, dafür verschärft sich aber die Situation im Staat Y. Besonders schmerzlich ist es dabei, wenn im Ausland das eigene Land durch die Ausschreitungen von ein paar Hundert Gewaltbereiten plötzlich als ein Y-Staat angesehen wird. Zum anderen erfahren Publizisten, NGO's und Politiker immer wieder, wie wenig sie Verletzungen der Menschenrechte durch Veröffentlichungen, Gespräche und Verhandlungen, wirtschaftlichen oder politischen Druck verhindern können. Um unsere bescheidenen Möglichkeiten wissend ist es gleichwohl unsere moralische Pflicht, immer wieder gegen Vergehen gegen die Menschlichkeit anzurennen.

Besonders deutlich wird unsere Ohnmacht angesichts des Balkankonflikts. Da werden Bürger Bosnien-Herzegowinas vertrieben, ihres Besitzes und ihrer Freiheit beraubt, geschlagen, ausgehungert, gefoltert, verwundet und getötet. Frauen werden systematisch vergewaltigt und Kinder erleiden seelische Schäden, an deren Folgen sie und ihre Mitmenschen ein Leben lang zu leiden haben.

Aber auch in einigen Regionen des früheren Jugoslawiens, in denen derzeit kein offener Krieg tobt, werden die Menschenrechte grob mißachtet. Besorgniserregend ist die Situation insbesondere im Kosovo. Seit der Aufhebung der Autonomie Kosovos und der Auflösung des Parlaments und der Regierung in Prishtina sehen sich die Kosovoalbaner einer gesteigerten Repression durch die serbischen Behörden ausgesetzt, die mit permanenten Menschenrechtsverletzungen verbunden ist. Ich verweise hier auf die Berichte von amnesty international und auf den im vergangenen Monat herausgegebenen Bericht von Helsinki Watch über die Situation der Menschenrechte im Kosovo. Nach dem gemeinsamen Entschließungsantrag von 1991

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Umwelt
mit recycelten Rohstoffen
Recycling-Paper



hat die SPD-Bundestagsfraktion im März dieses Jahres wegen der Zuspitzung der Lage im Kosovo erneut einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die Gewährleistung der Menschenrechte und die Wiederherstellung der Selbstverwaltung der Kosovo-Albaner anmahnt. Dabei haben wir nicht dem Drängen vieler Kosovo-Albaner auf eine Sezession von Restjugoslawien und auf eine anschließende Vereinigung mit Albanien gegen den Willen der Serben nachgegeben. Solche Forderungen würden einen Friedensprozeß von vornherein ausschließen. Es ist erfreulich, daß der Antrag im Auswärtigen Ausschuß die Zustimmung aller Fraktionen des Bundestages gefunden hat.

Inzwischen wies der Internationale Bund Freier Gewerkschaften in einer Dokumentation auf eine neuere Entwicklung hin. Die serbischen Behörden sind nämlich derzeit bemüht, eine intensive Reslawisierungspolitik durchzuführen. Besorgniserregend sind vor allem die Versuche einer ethnischen Säuberung. Sie fallen nur deshalb nicht so sehr auf, weil sie von den entsprechenden Vorgängen in Bosnien bisher in Art und Ausmaß noch weit übertroffen werden. Der Vorsitzende der radikalen serbischen Partei macht kein Hehl aus dem Ziel, die ethnische Struktur im Kosovo zu verändern. So werden serbischen Flüchtlingen Grundstücke und Gebäude zugewiesen, die man vorher von Albanern konfiszierte; auch Ackerland, Baugrundstücke und Waldgebiete wurden Serben zu Lasten albanischer Bewohner zugeschoben. Das alles trägt dazu bei, die schon vorhandenen ethnischen Spannungen weiter zu verschärfen. Auf solche Vorgänge zielt unser Antrag mit dem Titel "Konvention gegen Vertreibung". Damit die Völkergemeinschaft auf derartige Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen angemessener reagieren kann, fordern wir darin die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag einen Entwurf für eine Anti-Vertreibungskonvention zur Beratung vorzulegen. Wir fordern die Bundesregierung weiterhin auf, eine Initiative in den internationalen Gremien für eine solche Konvention zu ergreifen, damit die Vertreibung von Minderheiten und Bevölkerungsgruppen völkerrechtlich und letztlich auch strafrechtlich geahndet und bestraft werden kann.

Unter dem Regime von Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen nimmt es nicht wunder, wenn sich mehr und mehr Kosovo-Albaner zur Flucht aus ihrer Heimat entschließen. In diesem Zusammenhang stellt sich mir die Frage, wie wir Deutschen uns künftig den Flüchtlingen aus dem Kosovo gegenüber verhalten. Viele von ihnen sind inzwischen so verarmt, daß ihnen der Erwerb eines Flugtickets unmöglich ist. So werden sie also mehrheitlich auf dem Landweg zu uns kommen und um Asyl nachsuchen. An der deutsch-polnischen oder deutsch-österreichischen Grenze würden die Kosovo-Albaner nach Umsetzung des jetzt gefundenen Asylkompromisses zurückgewiesen, da einerseits im Kosovo kein offener Krieg oder Bürgerkrieg stattfindet, sie andererseits ja nach Absatz 2 des neuen Artikels 16 a GG aus einem sicheren Drittstaat einreisen. Mir fällt es schwer, an Bekenntnisse zur Menschenrechtskonvention zu glauben, wenn eine ganze Gruppe politisch Verfolgter praktisch keine Chance mehr auf ein Asylverfahren in Deutschland hat. Ich kann daher den Asylkompromiß nur dann mittragen, wenn gleichzeitig eine gerechte Quotierung der Flüchtlingsaufnahme mit unseren europäischen Anrainern vertraglich vereinbart wird.

Heute müssen wir feststellen, daß alle internationalen Bemühungen für eine Befriedigung des Kosovo ohne sichtbares Ergebnis geblieben sind. Alle Beteiligten beschreiben die brennende Zündschnur am Pulverfaß des Kosovo, ohne sie löschen zu können. Da wurde eine Langzeitkommission der KSZE zum Kosovokonflikt installiert. Die NATO beschäftigte sich jüngst mit dem eskalierenden Konflikt. Mit der Einsetzung des Lenkungsausschusses in Genf und der sechs Arbeitsgruppen im Anschluß an die Londoner Konferenz ist es zwar gelungen, innerhalb der "Arbeitsgruppe über die ethnischen und nationalen Gemeinschaften und Minderheiten" eine "Sondergruppe für die frühere autonome Provinz Kosovo" einzurichten. Bewirken konnte sie bislang nichts. Denn der serbische Präsident Milosevic behauptet nach wie vor, daß der Konfliktherd im Kosovo lediglich ein inner-serbisches Problem sei. In der Konsequenz dieser Position hat er den Vorschlag einer internationalen Friedenskonferenz über den Kosovo rundweg abgelehnt. Und deshalb konnte im Sommer die KSZE auch nur gegen den erklärten Willen der serbischen Regierung den Beschluß fassen, eine Untersuchungskommission auch in den Kosovo zu entsenden. Da einerseits Milosevic und seine Freunde an einer fairen Verhandlungslösung desinteressiert sind, andererseits die Völkergemeinschaft vor dem hohen Blutzoll einer militärischen Intervention im ehemaligen Jugoslawien zurückschreckt, entsteht in der Öffentlichkeit der fatale Eindruck eines hilflosen Aktionismus von UNO, EG und KSZE.

Dennoch: Es muß und kann gehandelt werden. War das vorrangige Ziel früherer internationaler Bemühungen die Austrocknung und Beendigung des Krieges in Kroatien und Bosnien-Herzegowina und die Wiederherstellung der Menschenrechte dort, so müssen wir heute unsere Anstrengungen zusätzlich darauf konzentrieren, einen Flächenbrand auf dem Balkan zu verhindern. Eine solche Eskalation wird ihren Ursprung vermutlich im Kosovo haben.

Wenn Europa oder die Vereinten Nationen auch nur die Spur einer Chance für eine Begrenzung des Balkankrieges haben will, so muß der Druck auf die serbischen Machthaber erheblich verstärkt werden.

Dazu gehört die Botschaft, daß die NATO nicht zusehen wird, wie neben Albanien auch ihre Mitgliedstaaten Griechenland und die Türkei in einen bewaffneten Konflikt hineingezogen werden. Jüngste Berichte aus Brüssel verdeutlichen die Interessenlage des Bündnisses.

Zum Druck auf Serbien gehört auch die auf der Londoner Konferenz beschlossene präventive Stationierung von Beobachtern in den explosiven Regionen Kosovo, Mazedonien, Vojvodina und Sandzak. Auch könnte die KSZE-Langzeitkommission EG-Beobachter aufnehmen und auf diesem Weg dafür sorgen, daß sie auch im Kosovo ihre Tätigkeit ausüben können. Beklagenswert dabei ist der völlig unzureichende deutsche Beitrag an EG-Monitoren. Von den circa 170 Monitoren der EG, die gegenwärtig im Gebiet des früheren Jugoslawiens tätig sind, sind lediglich nur zwei Deutsche. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich hier mit eigenen Monitoren stärker zu engagieren. Eine gebotene deutsche Zurückhaltung in Jugoslawien darf nicht überzogen werden. Im übrigen begrüßen wir die Initiative des scheidenden Präsidenten Bush, US-Bürger an einer internationalen zivilen Monitormission im Kosovo zu beteiligen.

Als eine weitere präventive Maßnahme sollte die Stationierung von UNO-Blauhelmen im Kosovo und in Mazedonien erstritten werden. Dies ist auch eine Forderung der Übergangsregierung des Kosovo. Auch Albanien und Mazedonien haben ihre Bereitschaft erklärt, an ihren Grenzen UNO-Friedenstruppen zum Zweck der vorbeugenden Konfliktabwehr aufstellen zu lassen. Die Bundesregierung sollte nun innerhalb der EG und der UNO ihren Einfluß geltend machen, damit diese Form der Prävention verwirklicht werden kann. Die damals verspätete Stationierung der UNPROFOR-Truppen in Kroatien sollte uns zur Eile treiben.

Schließlich sollten wir mehr als bisher die serbische Opposition stützen, die zwar differenziert, aber doch mehrheitlich für einen Friedensprozeß eintritt. In diesem Zusammenhang ist die Sondergenehmigung des UN-Sanktionsausschuß für den Ausbau des Oppositionssenders ausdrücklich zu begrüßen. Falls bei den am 20. Dezember abzuhaltenden Wahlen in Serbien Milosevic unterliegen sollte, müßten sich die Oppositionsgruppen auf ein gemeinsames Regierungsprogramm und auf einen von allen getragenen Spitzenkandidaten verständigen. Eine neue serbische Regierung würde unserem Verständnis nach eher national orientiert sein. Dennoch bestände bei ihr eher die Hoffnung auf Achtung der Menschenrechte und auf Bereitschaft, in Genf den Weg des Friedens einzuschlagen.

(-/11. Dezember 1992/rs/ks)

**Die Philosophie des Harmel-Berichts trägt heute noch
Zur Annahme eines wegweisenden NATO-Dokuments vor 25 Jahren**

**Von Karsten D. Voigt MdB
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Vor 25 Jahren, am 14. Dezember 1967, hat der NATO-Rat den auf Initiative des belgischen Außenministers Harmel erstellten Bericht über "Die Künftigen Aufgaben der Allianz" angenommen. Knapp 20 Jahre nach Unterzeichnung des Nordatlantikvertrags hat die Allianz anerkannt, daß Sicherheit in Europa nicht nur militärische Stärke und Abschreckung, sondern gleichermaßen eine aktive Politik des Dialogs mit der anderen Seite voraussetzte ("Zwei-Pfeiler-Doktrin"). Als höchstes politisches Ziel der Allianz wurde eine "gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa" bezeichnet.

Unter Mitwirkung des deutschen Außenministers Willy Brandt hat die Atlantische Allianz mit diesem außerordentlich weitsichtigen Dokument den Weg vorgezeichnet, den die sozialdemokratischen Bundeskanzler seit 1969 mit großer Entschiedenheit weitergegangen sind. Es ging darum, auf der Basis der festen Einbindung in die freien Gesellschaften des Westens mit einer Politik der gesamteuropäischen und natürlich auch der gesamtdeutschen Orientierung langfristig die Spaltung zu überwinden. Sichtbarster Ausdruck dieser Politik waren die Ostverträge und der KSZE-Prozeß.

Die von der Allianz mit dem Harmel-Bericht eingeschlagene Richtung und erst recht die sozialdemokratische Politik waren zunächst nicht unumstritten. Erst in den 80er Jahren ist auch bei den Konservativen die Einsicht gewachsen, daß beide Grundelemente westlicher Politik zusammengehörten und daß beide ihren Anteil an den sich immer deutlicher abzeichnenden großen Veränderungen in Osteuropa und der Sowjetunion hatten. Der daraus resultierende breite Konsens über außenpolitische Grundfragen war gerade in der Bundesrepublik eine wesentliche Voraussetzung für die großen außenpolitischen Erfolge der Jahre 1989 und 1990 und insbesondere für die endgültige Aufhebung der deutschen Teilung.

Durch den Wegfall der Bedrohung aus dem Osten und durch den Erfolg seiner politischen Strategie stellt sich heute - paradoxerweise - die Frage nach der Zukunft des westlichen Bündnisses und der Zukunft der transatlantischen Werte- und Interessengemeinschaft. Ich bin überzeugt: wenn es der NATO gelingt, sich von "altem Denken" z.B. in der Frage des nuklearen Ersteinsatzes zu lösen und wenn sie - im Sinne des Grundgedankens von 1967 - über die militärische Risikovorsorge hinaus ihren politischen Beitrag zur Stabilisierung des KSZE-Raums und angrenzender Räume leistet, dann wird sie auch künftig eine zentrale Rolle in der neuen euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur spielen. Mit der Gipfelerklärung von Rom und der Schaffung des Nordatlantischen Kooperationsrats hat das Bündnis positive Schritte in diese Richtung unternommen. Entscheidend ist jetzt, ob es gelingt, von der kollektiven Verteidigung zur kollektiven Sicherheit unter der Verantwortung der KSZE und der UNO zu kommen.

(-/11. Dezember 1992/rs/ks)

**Vor 20 Jahren: Erstmals eine Frau im zweithöchsten Staatsamt
Zur Wahl Annemarie Renger zur Präsidentin des Deutschen Bundestages**

**Von Renate Schmidt MdB -
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages**

Am 13. Dezember jährt sich zum zwanzigsten Mal der Tag, an dem Annemarie Renger als erste Frau in der deutschen Parlamentsgeschichte zur Präsidentin des Deutschen Bundestages gewählt wurde. Auf Vorschlag des damaligen Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner erreichte sie 438 von den damals abgegebenen 516 Stimmen. Mit der Wahl von Annemarie Renger, die schon zahlreiche Ämter in der Fraktion und der Partei bekleidet hatte, wurde eine Frau in dieses Amt gewählt, der von allen Seiten des Parlaments große Zustimmung und Achtung entgegengebracht wurde.

Annemarie Renger hatte sich in den vorangegangenen Jahren das Vertrauen erworben, auch als selbstbewußte Vertreterin ihrer Partei zwischen den Fraktionen vermitteln zu können, um Entscheidungen herbeizuführen, die dem Allgemeinwohl dienen. Sie wollte als Frau nie in eine Ausnahmestellung gedrängt werden - auch wenn es dafür manches Mal Gründe zu geben schien, die nach einer besonderen Berücksichtigung der Frauen geradezu verlangten. Annemarie Renger verstand sich als Gleiche unter Gleichen - das wohl auch von manchem gewünschte Bild der Alibi-Frau hat sie nie auf sich selbst bezogen.

Ihr einzigartiges Verhältnis zu ihrem politischen Mentor Dr. Kurt Schumacher hat ihr in vielen Situationen Kraft gegeben, auch dann klaren Kurs zu halten, wenn auch politische Weggefährten über längere Strecken hinweg, andere Richtungen einschlugen. Sieben Jahre an der Seite von Kurt Schumacher haben diese Frau bis auf den heutigen Tag in ihrem politischen Denken und Handeln geprägt. In dieser Zeit hat sie politische Lehrjahre beendet, die bereits in ihrem Elternhaus sozialdemokratisch ausgerichtet waren.

Aus den fürchterlichen menschlichen und politischen Erfahrungen während der NS-Zeit hat sie - in Anlehnung an ihren großen Mentor - die eindeutige Konsequenz gezogen, daß es in der sozialdemokratischen Partei niemals totalitäres Gedankengut in den eigenen Reihen und in der deutschen Gesellschaft geben dürfe. Eine kämpferische Partei - ja, die wollte Annemarie Renger stets, eine Partei, die unbeirrbar dafür eintritt, daß Menschenrechte verwirklicht, Freiheit gelebt und Chancengleichheit im Alltag erfahren werden kann. Sie hat sich persönlich dafür immer wieder eingesetzt, auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen durchgesetzt.

Dem deutsch-israelischen Verhältnis hat Annemarie Renger wie wohl kaum eine andere politische Persönlichkeit im parlamentarischen wie im außerparlamentarischen Bereich eine neue Dimension des vertrauensvollen Dialoges auch unter schwierigsten tagespolitischen Bedingungen eröffnet. In Anerkennung ihrer hervorragenden Verdienste für die Neugestaltung unseres bilateralen Verhältnisses wurde ihr dafür von der Ben Gurion Universität in Beersheva (Israel) die Ehrendoktorwürde zuerkannt.

Sie hat durch ihre persönliche Ausstrahlung bei den Menschen viel Sympathie und Respekt gefunden. Annemarie Renger hat immer die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern gesucht - aber auch leicht gefunden, weil sie sich stets als Vertreterin dieser Menschen verstanden hat. Die von ihr initiierten "Bürgerversammlungen" haben entscheidend dazu beigetragen, daß Politik- und Parteienverdrossenheit in den siebziger Jahren nicht das Ausmaß erreichen konnten, das wir heute leider feststellen müssen. Annemarie Renger hatte ihr politisches Ohr am Puls der Zeit.

Ich erinnere mich gern an die Arbeit mit ihr im Deutschen Bundestag und wünsche mir, daß Annemarie Renger noch lange für unsere gemeinsamen politischen Ziele streitet.

(-/11. Dezember 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

"Fremdenhaß ist Menschenhaß"

Die Deutsch-Arabische Gesellschaft und die Deutsch-Israelische Gesellschaft haben eine "gemeinsame Erklärung zur wachsenden Ausländerfeindlichkeit in Deutschland" verabschiedet. Der Wortlaut:

Fremdenhaß ist Menschenhaß!

Wir sind tief betroffen über die ausländerfeindliche Entwicklung in Deutschland.

Wir verurteilen den rechtsextremistischen Terror und die davon ausgehenden Gewalttaten mit 17 Toten und hunderten Verletzten.

Rechtsextreme Gewalttäter machen Jagd auf Ausländer, sie werfen Brandbomben auf Unterkünfte von Asylsuchenden, prügeln Menschen zu Tode. Sie schänden jüdische Friedhöfe und zerstören Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus.

Die Morde von Mölln markieren einen entsetzlichen Höhepunkt der Gewalt rechtsradikaler Täter.

Dies darf niemanden gleichgültig lassen. Wer hierzu schweigt oder gar Beifall klatscht, macht sich mitschuldig.

Wir, die Deutsch-Israelische und die Deutsch-Arabische Gesellschaft, fordern jeden Einzelnen auf, gegen Fremdenhass und Rassismus persönlich Stellung zu beziehen.

Alle, die hier leben, haben einen Anspruch auf Schutz vor Angriffen auf Leib und Leben. Sie müssen sich bei uns sicher fühlen können, unabhängig von Nationalität, Hautfarbe, Glauben oder sozialer Stellung.

Wir fordern von den politisch Verantwortlichen und den staatlichen Organen endlich mit der vollen Härte der Gesetze gegen rechtsextremistischen Terror einzuschreiten!

Toleranz im Denken und Gewaltfreiheit im Handeln sind die Grundlagen der modernen demokratisch-pluralistischen Gesellschaft. Wer sie mißachtet, muß auf den entschlossenen Widerstand unserer Gesellschaft und unseres Staates stoßen.

Für die Deutsch-Arabische
Gesellschaft

Dieter Schinzel MdEP
- Präsident -

Für die Deutsch-Israelische
Gesellschaft

Hans Koschnick MdB
- Präsident -

(/11. Dezember 1992/rs/ks)
